

**Bericht des Generalsekretärs der CDU Deutschlands,
zugleich Einführung in den Leitantrag des Bundesvorstandes zum Entwurf des
Grundsatzprogramms**

Ronald Pofalla, Generalsekretär der CDU: Freiheit, Solidarität, Gerechtigkeit! - Liebe Freunde, wir setzen eine stolze Tradition fort: unsere Tradition der programmatischen Arbeit, unsere Tradition der Erneuerung und der Bewahrung und unsere Tradition als Volkspartei der Mitte in Deutschland. Wo „CDU“ draufsteht, ist CDU drin! Wir sind authentisch, pur, einzigartig! Wir sind **d i e** Mitte!

(Beifall)

Wir zeigen: Die CDU ist das politische Kraftzentrum unseres Landes. Wir haben die Kraft, um Werte und Tugenden zu bewahren. Andere machen von den Rändern aus Politik für die Ränder. Wir machen Politik aus der Mitte für die Mitte.

(Vereinzelt Beifall)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, hier, in Hannover, hat Kurt Schumacher die SPD neu aufgebaut. Er war ein entschiedener Gegner der Kommunisten. Ich frage mich: Was würde er seiner Partei heute sagen, dieser SPD, die wieder vom demokratischen Sozialismus und von marxistischer Gesellschaftsanalyse spricht, dieser SPD, die heute sagt, sie würde mit der Linkspartei vielleicht im Bund, vielleicht im Westen, auf jeden Fall aber im Osten zusammen regieren? Kurt Schumacher würde heute sagen: Liebe SPD, Finger weg von den neu lackierten Kommunisten! Finger weg von der Linkspartei!

(Beifall)

Die Sozialdemokraten haben mit ihrem neuen Grundsatzprogramm ihr Gastspiel in der sogenannten „Neuen Mitte“ beendet. Sie sind zurück nach links gerückt. Die SPD ist heute von der Mitte so weit weg wie England von der Fußballeuropameisterschaft.

(Vereinzelt Beifall)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir beschließen hier, in Hannover, das dritte Grundsatzprogramm in über 60 Jahren Parteigeschichte der Christlich-Demokratischen Union. Ich will mich bei den 69 Mitgliedern der Grundsatzprogrammkommission, die den Entwurf in vielen Beratungssitzungen erstellt hat, bedanken. Bei drei Mitgliedern will ich mich besonders bedanken, nämlich bei Bundesbildungsministerin Annette Schavan, bei unseren Ministerpräsidenten Dieter Althaus und Peter Müller. Alle drei hatten in der Kommission entscheidende Aufgaben. Herzlichen Dank für die freundschaftliche und gute Zusammenarbeit.

(Beifall)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir zeigen, dass wir Politik auf einem festen Fundament machen. Unser neues Grundsatzprogramm beruht ebenso auf der christlich-jüdischen Tradition des Abendlandes wie auf dem Erbe der Aufklärung. Hier liegen die Wurzeln von Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit. Hier liegen unsere unverrückbaren Grundwerte begründet. Zu unserem Fundament gehört unverrückbar das christliche Menschenbild. Der Mensch ist von Gott geschaffen. Seine unantastbare Würde zu schützen, ist das erste und wichtigste Anliegen unserer Politik. Deshalb bedrückt es mich sehr, wenn mit den Qualen schwer kranker Menschen Geschäfte gemacht werden, wenn auf Schweizer Parkplätzen gegen hohe Gebühren Todescocktails verabreicht werden. Die CDU wird es niemals zulassen, dass in Deutschland aus der Beihilfe zum Selbstmord ein neues Geschäftsfeld wird. Nicht mit uns, liebe Freunde! Nicht mit der CDU!

(Beifall)

Zu unserem Fundament gehören unverrückbar Ehe und Familie. Wir haben ein klares Bekenntnis dazu abgegeben, auch als andere sie schlechtgeredet haben. Für uns bleiben Ehe und Familie Leitbilder des Zusammenlebens in unserer Gesellschaft. Deshalb sprechen wir uns in unserem Grundsatzprogramm für die Beibehaltung des Ehegattensplittings aus. Wir wollen die Ehe weiter als Institution steuerrechtlich fördern.

(Beifall)

Zu unserem Fundament gehört unverrückbar auch die Soziale Marktwirtschaft. Sie ist für uns als Wirtschafts- und Gesellschaftsmodell ohne Alternative; denn nur die Soziale Marktwirtschaft bringt Freiheit und Sicherheit zusammen.

Bei allem, was wir erhalten wollen und können: Wir gehen offen auf die neuen Herausforderungen zu: auf die Alterung unserer Gesellschaft, die Wissensgesellschaft, die Globalisierung, die Bedrohung der Schöpfung und schließlich die Gefährdung unserer Sicherheit. Diese Herausforderungen erzwingen ein neues Denken. Das Ergebnis liegt Ihnen vor: das Grundsatzprogramm der CDU Deutschlands. Neues Denken heißt für uns: Freiheit und Sicherheit gehören zusammen. Nach unserem Verständnis ist Freiheit ohne Sicherheit nicht denkbar, aber Sicherheit ohne Freiheit auch nicht. Wir haben bei den Beratungen zum Grundsatzprogramm Wert darauf gelegt, dass die Architektur der CDU aus Freiheit und Sicherheit besteht. Beides gehört untrennbar zusammen.

(Beifall)

Neues Denken, das klingt einfach. Es erfordert aber eine entschiedene Haltung, eine Haltung, die sagt: Wir glauben an Chancen. Wir können die Dinge in die Hand nehmen. Wir können gestalten. Eine solche Haltung ist bei jeder neuen Herausforderung zwingend, und wir Christdemokraten haben diese Haltung.

Diese Architektur der CDU aus Freiheit und Sicherheit gilt auf allen Politikfeldern. Wer Freiheit und Sicherheit will, der kann Innen- und Außenpolitik nicht mehr trennen. Wir leben in einem globalen Dorf: Heute brechen in den USA Immobilienkredite zusammen; morgen stehen in England die Leute bei ihrer Bank Schlange, weil sie Angst um ihre Ersparnisse haben. Heute verkaufen wir Produkte nach China; morgen kopieren die Chinesen das Produkt, verkaufen es billig in Europa und gefährden damit hier Arbeitsplätze. Heute entschlüsseln deutsche Sicherheitsexperten das Internetfoto eines Verbrechers; morgen kommt es zur Verhaftung in Thailand.

Wir brauchen neues Denken auch beim Miteinander der Generationen. Es ist großartig, dass die Menschen länger leben. Aber wir dürfen den Menschen nicht weismachen, das erfordere keine Anpassung, etwa bei den sozialen Sicherungssystemen. Das gilt auch für die Alterssicherung. Ich weiß, dass die Rente mit 67 nicht beliebt ist. Aber in der Politik

kommt es darauf an, sich nicht vom Wind, der übrigens jeden Tag aus einer anderen Richtung kommt, wegblasen zu lassen. Was richtig ist, bleibt richtig. Deshalb wird es mit uns an der Rente mit 67 keine Abstriche geben.

(Beifall)

Liebe Freunde, wir machen uns stark für alle Generationen. Deshalb kämpfen wir auch gegen die Altersdiskriminierung, ja, Diskriminierung; denn nichts anderes ist es, wenn in Betrieben zu wenig Frauen und Männer über 50 zu finden sind. Nichts anderes ist es, wenn Ältere auf die Themen Rente, Pflege und Gesundheit reduziert werden. Nein, liebe Freunde, unser Land braucht die Erfahrung, das Wissen und die soziale Kompetenz der Älteren. Wir haben Respekt vor den Älteren und glauben, dass im Miteinander der Generationen einer der Schlüssel für die Zukunft liegt.

(Beifall)

Ich bin stolz darauf, dass wir mit unserem neuen Grundsatzprogramm erstmals ein eigenes Kapitel zum Zusammenhalt der Generationen formuliert haben. Denn es geht nicht um mehr für die Alten und weniger für die Jungen; es geht darum, miteinander die Zukunft anzupacken. Deshalb finde ich es sehr gut, dass in unserer Partei Otto Wulff und Philipp Mißfelder zusammenarbeiten. Die Senioren-Union und die Junge Union zusammen, das ist ein gutes Tandem auch in unserer Partei. Sie sehen, meine Damen und Herren: Wir sind die Partei, die Brücken baut und zusammenführt. Wir sind die Mitte in Deutschland, auch zwischen den Generationen.

(Beifall)

Wir stehen für die Chancengesellschaft, in der die Bürger frei und sicher leben. Teilhabe für alle und Chancen für alle, ja. Ein genauso kräftiges Ja auch zur Solidarität. Wir lassen niemanden im Stich.

Volkspartei ist aber nur, wer auf der Höhe der Zeit ist. Mit einem Punkt bin ich – das will ich hier offen sagen – noch lange nicht zufrieden. Der Anteil der Frauen in verantwortlichen Positionen der Partei ist mir zu klein.

(Vereinzelt Beifall)

Es reicht nicht, dass wir auf Landes- und auf Bundesebene die besten Frauen haben. Sie, wir alle müssen auf allen Ebenen mehr dafür tun, dass in unserer Partei noch mehr Frauen in verantwortliche Positionen gelangen.

(Beifall)

Liebe Freunde, wir halten an dem fest, was uns stark gemacht hat. Wir stehen für eine Politik, die sich an Werten orientiert. Wir stehen für ein Verhältnis des Bürgers zum Staat, in dem beides gilt: die freie Entfaltung der Person und der Zusammenhalt in der Gesellschaft. Wir stehen auch zu einer ausgewogenen Balance zwischen Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit.

Das „C“ in unserem Namen ist uns eine Verpflichtung. Ich habe vor einigen Monaten viel Ärger dafür bekommen, dass ich mich für das Kreuz als Zeichen unserer christlichen Identität im öffentlichen Raum ausgesprochen habe. Liebe Freunde, wir müssen uns in Deutschland wieder stärker dazu bekennen, dass christliche Symbole im öffentlichen Raum verankert werden. Dafür müssen wir eintreten.

(Beifall)

Wie sollen wir denn glaubwürdig den Dialog mit der islamischen Welt führen, wenn wir uns nicht zu unserer christlichen Tradition bekennen? Nein, liebe Freunde, wir müssen offensiv dafür eintreten, dass christliche Symbole und das, was damit verbunden wird, im öffentlichen Raum vertreten sind: in Gerichten, in Kindergärten und in Schulen. Ich bitte darum, dass wir in den nächsten Wochen und Monaten da, wo wir die Möglichkeit dazu haben, uns stark dafür einsetzen, dass wieder mehr christliche Symbole im öffentlichen Raum platziert werden.

(Teilweise Beifall)

Leider haben wir in letzter Zeit einiges erleben müssen, das mir – ich will mich vorsichtig ausdrücken – Unbehagen bereitet. In Berlin wurde aus Furcht vor radikalen Muslimen eine Opernaufführung abgesetzt, und in Berlin muss eine deutsch-türkische Frauenrechtlerin versteckt leben, weil sie Morddrohungen bekommt. Liebe Freunde, das dürfen wir nicht akzeptieren. Wir müssen uns erheben, wenn es solche Entwicklungen bei uns in Deutschland gibt.

(Beifall)

Wir müssen uns in Deutschland wieder stärker zu dem bekennen, was uns wichtig ist: zum Patriotismus, zur Nation, zu den Werten des Grundgesetzes, zur Verantwortung für unsere Geschichte und zur deutschen Sprache.

Deshalb hat sich die Grundsatzkommission nach langen Beratungen dafür entschieden, dass wir den Begriff „Leitkultur in Deutschland“ in unser Grundsatzprogramm aufnehmen. Denn wir sind der festen Überzeugung, dass die „Leitkultur in Deutschland“ die Grundlage des Zusammenlebens der Menschen in Deutschland bildet.

(Beifall)

Unsere Grundsätze und Überzeugungen sind nur dann glaubwürdig, wenn wir sie überall vertreten, im Inland und im Ausland. Deshalb bin ich stolz auf unsere Bundeskanzlerin, denn sie nennt die Dinge beim Namen. Wir stehen zur transatlantischen Partnerschaft. Aber die Bundeskanzlerin sagt unseren Freunden auch, was sie von Guantanamo hält, nämlich nichts.

Sie sagt genauso klar, dass wir die Vollmitgliedschaft der Türkei für eine Überforderung der Europäischen Union halten. Deshalb sind wir für die privilegierte Partnerschaft. Und deshalb ist es richtig, dass wir durch die Antragsberatungen in den Entwurf des Grundsatzprogramms jetzt die privilegierte Partnerschaft der EU mit der Türkei aufgenommen haben.

(Vereinzelt Beifall)

Angela Merkel empfängt den Dalai Lama. Kurt Beck hat gesagt, er hätte ihn nicht im Kanzleramt empfangen. Da kann ich nur sagen: Keine Sorge, Herr Beck, vor dieser Entscheidung werden Sie nie stehen. Dafür werden die Wähler schon sorgen.

(Lebhafter Beifall)

Nein, wir brauchen keinen Wandel durch Anbiederung. Deutschland braucht eine wertegebundene Außenpolitik. Wir wollen unsere Produkte verkaufen, aber wir verkaufen nicht unsere Ideale, und auch darin unterscheiden wir uns von unserem Koalitionspartner in Berlin.

(Beifall)

Liebe Freunde, für eine erfolgreiche Zukunft Deutschlands brauchen wir auch das richtige Verhältnis der Bürger zum Staat. Wir Christdemokraten vertrauen zuerst in die Kraft und Kreativität der Menschen, aus ihrem Leben etwas zu machen. Ludwig Erhard hat dieses Leitbild in seinem berühmten Buch „Wohlstand für alle“ so formuliert:

„Ich will mich aus eigener Kraft bewähren, ich will das Risiko des Lebens selbst tragen, will für mein Schicksal verantwortlich sein. Sorge Du, Staat, dafür, dass ich dazu in der Lage bin.“

Genau deshalb wollen wir ein einfaches und transparentes Steuerrecht mit möglichst niedrigen Sätzen. Die Bürger sollen den nötigen Freiraum erhalten, zu investieren, zu sparen und auch zu konsumieren, aber der Staat muss ihnen diesen Freiraum geben. Deshalb müssen wir alle Spielräume, wenn wir sie haben, nutzen, um zu einer weiteren Steuerreform zu kommen, die den Menschen mehr Freiraum und wirtschaftliche Möglichkeiten gibt.

(Beifall)

Es geht um die entscheidende Frage: Was ist die Aufgabe des Staates? Die SPD meint, Löhne per Gesetz festzuschreiben. Sie will Unternehmen zwingen, im Niedriglohnbereich Stundenlöhne zu zahlen, die der Markt nicht hergibt. Es nützt jedoch den Arbeitssuchenden

nichts, wenn es Mindestlöhne gibt, aber keine Arbeitsplätze. Mit einem allgemeinen gesetzlichen Mindestlohn – wie die SPD ihn will – würden wir einen schlimmen Fehler aus der deutschen Wirtschaftsgeschichte wiederholen. Als die 35-Stunden-Woche erzwungen wurde, haben Hunderttausende ihre Arbeitsplätze verloren, weil Arbeit in Deutschland zu teuer geworden ist. Wer heute einen einheitlichen gesetzlichen Mindestlohn von 7,50 Euro in Deutschland fordert, der gefährdet wieder Hunderttausende von Arbeitsplätzen. Deshalb wird es diesen einheitlichen gesetzlichen Mindestlohn mit uns nicht geben.

(Beifall)

Wir sagen aber genauso klar: Es ist Aufgabe des Staates, Lohndumping und sittenwidrige Löhne zu verhindern. Ich darf hier noch einmal an die Gespräche in den Koalitionsberatungen erinnern. Als wir uns über Mindestlöhne unterhalten haben, hat die Union angeboten, sittenwidrige Löhne in Deutschland zu verbieten. Es waren die Sozialdemokraten, die mit den Empfehlungen, die wir gegeben haben, nicht einverstanden waren. Wir waren bereit, zu formulieren, dass Löhne dann sittenwidrig sind, wenn sie den branchenspezifischen ortsüblichen Lohn um ein Drittel unterschreiten. Die Sozialdemokraten waren nicht bereit, eine entsprechende Formulierung umzusetzen. Deshalb lassen wir uns von denen auch nicht vorwerfen, wir würden nicht handeln. Wir bieten ihnen erneut an, sittenwidrige Löhne in Deutschland per Gesetz zu verbieten.

(Beifall)

Aber, liebe Freunde, wir unterscheiden uns in einem fundamentalen Grundsatz. Der Grundsatz ist, dass wir der Auffassung sind, dass für die Lohnfindung in Deutschland Gewerkschaften und Arbeitgeber zuständig sind, nicht der Staat. Deshalb gehen wir den Weg, dass wir dann, wenn Arbeitgeber und Gewerkschaften uns branchenspezifische Empfehlungen geben, über diese Empfehlungen reden, weil wir darin eine der Möglichkeiten sehen, der Tarifautonomie zu entsprechen, eben weil die Tarifvertragsparteien eine entsprechende Empfehlung geben.

Übrigens, als die Sozialdemokraten sieben Jahre lang mit den Grünen regiert haben, haben sie den Mindestlohn entschieden abgelehnt. Deshalb ist für mich auch klar: Der SPD geht es nicht um Gerechtigkeit. Nein, die lassen sich von ihren miserablen Umfragewerten

treiben, und jetzt wollen sie den Mindestlohn auch noch als Wahlkampfthema fahren. Ich sage: Das ist unverantwortlich gegenüber den Geringqualifizierten in Deutschland, weil dieser Kurs der SPD diesen Menschen den Weg in den Arbeitsmarkt verbauen wird.

(Beifall)

Liebe Freunde, wir haben ein modernes Verständnis von Gerechtigkeit. Wir wissen, dass wir mehr brauchen als bloße Umverteilung. Deshalb setzen wir übrigens auf einen umfassenden Gerechtigkeitsbegriff: auf die Chancengerechtigkeit, auf die Generationengerechtigkeit, auf die Familiengerechtigkeit und auf die Leistungsgerechtigkeit.

Die SPD ist auf ihrem Hamburger Parteitag nach links gerückt. Sie läuft der Linkspartei hinterher. Bei diesem Hase-und-Igel-Spiel ist die SPD immer der Verlierer, und sie bemerkt das nicht einmal. Überall, wo die SPD hinkommt, ist bereits die Linkspartei da. Es wäre jetzt einmal endlich an der Zeit, dass sich die SPD klar von der Linkspartei abgrenzt, klarmacht, dass es mit ihr eine Zusammenarbeit nicht gibt.

(Beifall)

Liebe Freunde, wir reden ja hier nicht über Kleinigkeiten. Denn die Linkspartei will eine andere Gesellschaft, Sie will den Sozialismus. Das muss man sich einmal vor Augen führen: Die Linkspartei führt das Ziel der SED von 1946 fort. Dabei hat die SED nicht nur einen Staat in den Bankrott geführt, sondern auch Millionen Menschen unterdrückt. Dieses Regime steht für Folter, Gewalt und Schießbefehle. Wir vergessen nicht die getöteten Männer, Frauen und Kinder an der innerdeutschen Grenze, und wir sagen ganz klar: Sozialismus hat in Deutschland nichts zu suchen.

(Beifall)

Unser Land steht für Freiheit, Demokratie und Soziale Marktwirtschaft. Deutschland ist ein Land der Mitte, und die CDU steht dafür, dass das so bleibt.

Liebe Freunde, wir halten unseren Erfolgskurs. Die Ergebnisse in der Großen Koalition geben uns recht. Ja, es ist schon schwierig mit der SPD. Trotzdem haben wir in den vergangenen zwei Jahren gemeinsam Deutschland vorangebracht.

Wir haben gezeigt, dass die von uns geführte Bundesregierung Deutschland Rückenwind gibt. Diesen Rückenwind müssen wir in den beiden kommenden Jahren weiter nutzen.

Dieser Parteitag gibt aber auch uns Rückenwind für unsere Parteiarbeit, für unsere Regierungspolitik und für die kommenden Wahlkämpfe. Wir wollen Deutschland erfolgreich regieren. Unser Ziel heißt „40 Prozent plus X“, damit in Deutschland weiter gut regiert werden kann. Deshalb werden wir alles dafür tun, dieses Ziel zu erreichen.

(Beifall)

Dieser Parteitag gibt uns Rückenwind für unsere Parteiarbeit und auch für die anstehenden Wahlkämpfe. Lieber Christian Wulff, lieber Roland Koch und lieber Ole von Beust, liebe Freunde aus Niedersachsen, Hessen und Hamburg, ihr könnt beeindruckende Bilanzen vorlegen, ihr habt wegweisende Konzepte für die Zukunft, und ich sage euch: Ihr habt die volle Unterstützung der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Wir wollen eure Wahlsiege, damit eure Bundesländer weiter erstklassig regiert werden.

(Beifall)

Wir kämpfen an eurer Seite. Wir wollen, dass Niedersachsen, Hessen und Hamburg auf Erfolgskurs bleiben, und – das sage ich sehr deutlich – wir wollen, dass unsere exzellenten Ministerpräsidenten weiterregieren können zugunsten der Menschen in ihren Ländern.

(Beifall)

Liebe Freunde, lasst uns also die Ärmel hochkrempeln und rausgehen zu den Wählern. Wir haben die besseren Programme, wir haben die besseren Köpfe, und wir machen ganz einfach die bessere Politik für Deutschland. – Herzlichen Dank.